



Zur Unterstützung seines Vorhabens sollte er sich an die KPD-Landesleitung Bayern in München, Wiedemannstrasse unter dem Decknamen Schmidt aus Wien wenden, die ihm zur Hilfeleistung bei seinem Unternehmen geeignete Personen namhaft machen würde.

Die 6 Volt-Batterie will er zu seinem Bekannten Franz Wagner, München, Dachauer Strasse, geschickt haben, den er in die Einzelheiten seines Planes eingeweiht und der sich bereit erklärt habe, sich an der Ausführung der Sprengung zu beteiligen. Die 12 Volt-Batterie, die Flasche mit Säure und die Säurezünder hat er nach seinen Behauptungen zunächst in eine Hütte am Seehamer-See bei München gebracht. Nachdem er sich durch Feststellungen im Gelände des Senders Holzkirchen von der Schwierigkeit des Auftrages überzeugt habe, hätte er von der Ausführung des Auftrages Abstand genommen und das Sprengmaterial im Seehamer-See versenkt.

In der Folgezeit sei er wiederholt von NKWD-Leuten gedrängt worden, den Auftrag durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit habe er die weitere Forderung erhalten, die Stärke der Bereitschaftspolizei, die Stärke des Grenzschutzes, die durchgeführte Bewachung, die Internierungsorte und die Namen der anwesenden Verantwortlichen zu ermitteln. Er habe sich aber weigert, diese Angaben zu machen, da er sich nicht mit derartigen Angelegenheiten befassen könne und auch keine Möglichkeit habe, dies zu tun.

Im Jahre 1951 habe er sich mit einem NKWD-Leute in München getroffen, der ihm die Aufgabe gestellt habe, die Sprengung auszuführen. Er habe sich aber weigert, dies zu tun, da er sich nicht mit derartigen Angelegenheiten befassen könne und auch keine Möglichkeit habe, dies zu tun. Im Jahre 1951 habe er sich mit einem NKWD-Leute in München getroffen, der ihm die Aufgabe gestellt habe, die Sprengung auszuführen. Er habe sich aber weigert, dies zu tun, da er sich nicht mit derartigen Angelegenheiten befassen könne und auch keine Möglichkeit habe, dies zu tun.

UNAVAILABLE COPY

Zwischenzeitlich war Meyer aufgefordert worden, die Stelle im Seehamer-See zu bezeichnen, an der er das Sprengmaterial versenkt habe. Trotz mehrtägigen Einsatzes eines Tauchers konnte das Sprengmaterial nicht gefunden werden.

Weitere Überprüfungen der Selbstbezeichnung des Meyer, insbesondere hinsichtlich der Zusammenkunft in der Wohnung des angeblichen NKWD-Agenten Moreno, ergaben erhebliche Zweifel an ihrer Richtigkeit. In Anbetracht der gegen die Glaubwürdigkeit seiner Angaben sprechenden Umstände erklärte Meyer schliesslich am 16.10.1954, dass er die Anschuldigungen gegenüber Wagner erfunden und eine Zusammenkunft mit dem russischen Oberstleutnant Koslov in der Wohnung des Moreno nicht stattgefunden habe. Dagegen hielt er seine Behauptungen über die Zusammenarbeit mit dem sowjetrussischen Spionagedienst und über die ihm erteilten Aufträge weiter aufrecht.

Wagner wurde darauf am 18.10.1954 von mir aus der Untersuchungshaft entlassen. Zugleich stellte ich den Antrag auf Aufhebung des gegen ihn ergangenen Haftbefehls. Dieser Antrag wurde mit Beschluss des Ermittlungsrichters beim Amtsgericht München vom 19.10.54 entsprochen.

Von dem Geständnis des Meyer wurde am 11.10.1954 neben dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, dem Leiter der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamts Kenntnis gegeben. Das Ergebnis der Überprüfungen dieser Dienststellen ist mir nicht bekannt. Es ist anzunehmen, dass auch von diesen Dienststellen eine Überprüfung des Vorbringens des Meyer erfolgt ist.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen ist somit nicht die Möglichkeit auszuschliessen, dass der Beschuldigte sich neben anderen Straftaten auch eines Verbrechens gemäß § 100 d/1 StGB schuldig gemacht hat. Ich bitte daher, die Akten dem Herrn Oberbundesanwalt vorzulegen.



Zur Frage der Glaubwürdigkeit des Geständnisses des Meyer dürften noch folgende Tatsachen von Bedeutung sein: Meyer wurde am 20.1.1954 wegen verschiedener in München begangener Straftaten in Untersuchungshaft genommen. Durch rechtskräftiges Urteil des Schöffengerichts beim Amtsgericht München vom 18.5.1954 - 6 Ms 6/54 - wurde er wegen dreier Vergehen der Urkundenfälschung, 2 davon weiter zusammentreffend mit Vergehen des Betruges zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr verurteilt. 142 Tage der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die erkannte Strafe angerechnet. Die Strafe würde er am 31.1.1955 verbüsst haben.

Im Laufe dieses in München durchgeführten Verfahrens wurde festgestellt, dass er von österreichischen Behörden gesucht wird. Das österreichische Bundesministerium der Justiz ersuchte um seine Auslieferung. Am 10.4.1954 erliess das Oberlandesgericht München, Strafsenat, gegen ihn Auslieferungshaftbefehl wegen eines Strafrestes von 5 Monaten und 23 Tagen aus dem rechtskräftigen Urteil des Landesgerichts Wien vom 9.9.52 (wegen Verbrechens der Mitschuld an Verbrechen des Missbrauchs der Amtsgewalt und des Verbrechens der Veruntreuung gem. §§ 5, 101, 183 Österr. StG.). Dieser Auslieferungshaftbefehl wurde durch Beschlüsse des Oberlandesgerichts München, Strafsenat, auf Grund weiterer Ersuchen des österreichischen Bundesministeriums der Justiz auf folgende Straftaten ausgedehnt:

- 1) am 23.3.1954 wegen eines Verbrechens des Betruges, des Diebstahls und der Veruntreuung gemäss Haftbefehl des Landesgerichts Wien vom 24.2.1954 (AZ. 21 b Vr. 871/54)
- 2) am 7.5.1954 wegen eines Verbrechens des Betruges gemäss Haftbefehl des Landesgerichts Wien vom 18.2.1954 (AZ. 5 b Vr. 8715/49, Hv. 27/51).

Meyer erklärte sich mit seiner Auslieferung nicht einverstanden. Er brachte u.a. vor, dass er im Falle einer Auslieferung befürchten müsse, wegen Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden von der russischen Besatzungsmacht

beansprucht zu werden. Schliesslich behauptete er unter Vorlage einer gefälschten Bestätigung der Stadt Tharandt i.Sa. (SBZ) entgegen seinen ursprünglichen Angaben nicht nur österreichischer, sondern auch deutscher Staatsangehöriger zu sein.

Mit Beschlüssen vom 7.4.1954, 7.5.1954, 26.5.1954 und 21.9.1954 hat das Oberlandesgericht München die Auslieferung für zulässig erklärt bzw. die Anträge, über die Zulässigkeit der Auslieferung erneut zu beschliessen, als unzulässig verworfen.

Die Übergabe des Meyer an die österreichischen Behörden war zunächst für den 13.9.1954, später für den 8.10.1954 vorgesehen. Durch seine Selbstbezichtigung wurde sie erneut hinausgeschoben. Nach einem Beschluss des Oberstaatsanwalts München I vom 13.8.1954 wurde gemäss § 456 a StPO von der weiteren Vollstreckung der durch das Schöffengericht München gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 1 Jahr von dem Tage der Übergabe an die österreichischen Behörden an abgesehen.

Das Verhalten des Meyer in dem Auslieferungsverfahren begründet den Verdacht, daß er unter allen Umständen eine Auslieferung nach Österreich verhindern will. Es erscheint daher die Vermutung nicht unbegründet, dass er auch die noch nicht überprüften weiteren Selbstbeschuldigungen und Anschuldigungen anderer Personen erfunden hat.

gez. S c h ö n b e r g e r